

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1916

93 (19.4.1916)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Preis: Abholt in d. Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postamt monatl. 75 P., 1/2 jährl. 2,25 M., bezogen durch unsere Träger 86 P. bezw. 2,56 M., durch den Postbot. 80 P. bezw. 2,67 M., durch d. Feldpost 90 P. bezw. 2,80 M.; botenpostfrei.

Anzeige: Freitag mittags. Geschäftszeit: 7-1 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spelt. Anzeigenliste od. deren Raum 30 A. Blätteranzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged. & Co., Karlsruhe.

Der Mut zum Frieden.

Von unserem Berliner Korrespondenten wird uns geschrieben:

Wie kommt Europa zum Frieden? Es gibt Leute, die meinen, es genüge, den Wunsch nach Frieden, den jeder Mensch empfindet, oft und lebhaft auszupprechen, um ihn zu verwirklichen. Das ist die einfache, leicht verständliche Denkweise von Leuten, die sich nie mit politischen Dingen abgegeben haben, und die nicht wissen, daß die Ueberwindung der ungeheuren Schwierigkeiten, die zwischen Wunsch und Wirklichkeit liegen, erst die eigentliche Aufgabe des Politikers ist.

Anderer wieder glauben, das unfehlbare Mittel zur Wiederherstellung des Friedens zu besitzen, indem sie ein neues Wordwerkzeug zu rücksichtsloser Anwendung empfehlen oder sich an dem Gedanken berauschen, die kämpfenden Völker könnten eines Tages mittags zwölf Uhr einfach das Schießen einstellen und wieder nach Hause gehen. Solche Patente wird kein ruhiger Ueberlegender ernst nehmen — was freilich die Patentinhaber nicht bindet, mit fanatischer Zähigkeit an ihrer phantastischen Hoffnung festzuhalten.

Wer hingegen ernstlich für den Frieden wirken will, der wird sich zunächst einmal über die furchtbare Tatsache klar werden müssen, daß der Krieg sozulagen der Normalzustand Europas geworden ist. Das physikalische Gesetz der Trägheit sagt nicht nur, daß ein ruhender Körper ruht, solange er keinen Anstoß zur Bewegung erhält, sondern auch, daß ein sich bewegender Körper sich weiter bewegt, bis irgend welche entgegenwirkende Kräfte ihn halt gebieten. So fest sich jetzt nach dem Gesetz der Trägheit die ruhende Bewegung des Weltkrieges ganz von selber weiter fort, nur eine ungeheure Summe planmäßig zusammenwirkender Kräfte kann sie wieder zum Stillstand bringen.

Für die Regierungen ist der Kriegszustand das Gegebene, mit dem sie sich abfinden können, solange die militärische Lage ihres Landes nicht hoffnungslos verzweifelt ist. Da verküht ein Tag wie der andere, und alles geht seinen gewohnten Gang. Der Frieden ist dagegen für sie ein Berg voll Schwierigkeiten und Gefahren, eine Fabel ins Ungewisse, ein Spiel um Kopf und Kragen.

Das gilt vor allem für die feindlichen Regierungen. Sie sprechen vor dem Risiko eines Friedens auf Grund der gegebenen Kriegslage zurück, sollte dieser Frieden im Verhältnis zur Kriegslage auch noch so günstig für sie sein. Denn mit dem Frieden fürchten sie die einflussreichen noch durch Kriegserlöse zurückgehaltene Abrechnung über ihre militärischen Mißerfolge, sie fürchten den Gedanken an den unausbleiblichen militärischen Endkrieg, den sie selber großgezogen haben und der sich im Augenblick des Friedensschlusses als Anflager gegen sie aufrichten würde. Hier liegen die allergrößten Schwierigkeiten für den Frieden, sie liegen im Unstund und nicht im Inland. Und das nicht etwa deshalb, weil die Deutschen ein so besonders braves Volk, ihre Gegner alleinstimmig schlechte Kerle wären, sondern einfach deshalb, weil eine Regierung, die militärisch im Nachteil ist, viel schwerer vor der äußersten Entscheidung Frieden schließen kann als eine Regierung, die sich militärisch im Vorteil befindet.

Man bedenke, was es für das englische Nationalbewußtsein bedeutet, den größten aller Kriege zu beenden, ohne ihm gewonnen zu haben! Man stelle sich vor, was es für die Franzosen heißt, Frieden zu machen, während die Deutschen im Lande stehen! Man denke an Italien, das in elf Kriegsmontaten vergeblich um das gefampt hat, was Ostereich ihm an Landgewinn friedlich zugehen wollte, oder gar an Rußland, dessen Machthaber sich an die Hoffnung einer großen militärischen Wende klammern müssen, um der Furcht vor der drohenden Revolution zu entgehen! Dann wird man begreifen, wie viel Mut für eine feindliche Regierung dazu gehört, um bei der gegenwärtig gegebenen Kriegslage Deutschland die Hand zum Frieden zu bieten.

Aber auch für die deutsche Regierung und ihre Verbündeten gehört sehr viel Mut dazu, für den Frieden zu wirken, wie er bei der augenblicklichen militärischen Lage vielleicht möglich sein könnte. Denn auch dieser Frieden wäre nicht der Frieden, den sich viele bei Kriegsbeginn als das Ergebnis einiger opfervoller Monate erwartet haben. Es wäre nicht der Frieden, den einflussreiche Kreise als Frucht eines weiter fortgesetzten Krieges erhoffen. Wäre im Ausland vor allem die militärische Leistung, auf die sich nach Friedensschluß die Kritik stützen würde, so wären es bei uns vor allem die politisch leitenden Stellen, die den schärfsten Angriffen ausgesetzt wären. Die Schwertgläubigen würden sich gegen die Forderung wenden, die nach ihrer Meinung verbarbar, was das Schwert gewonnen oder was es zu gewinnen erst im Begriffe war.

Eine sozialistische Politik, die ernstlich für die Beendigung des Krieges wirken will, muß darauf ausgehen, überall den Mut zum Frieden zu stärken. Im Ausland kann der Mut zum Frieden nur gestärkt werden, wenn denjenigen, die bisher an deutsche Vergewaltigungspläne glaubten, eine angelegene Enttäuschung bereitet wird. Eine deutsche Politik hinwiederum, die auf Ermittlung des Friedenswillens im Ausland gerichtet sein soll, bedarf selber der Ermittlung

und des Schutzes gegen terroristische Beeinflussungsversuche. Wie es der Geist der deutschen Arbeiterklasse war, der es Deutschland ermöglichte, sich gegen eine Welt von Feinden zu behaupten, so ist es auch der Geist der deutschen Arbeiterklasse, der dem kommenden Frieden den Boden bereiten hilft. Die deutschen Arbeiter sind jederzeit zur Stelle, wenn für den Frieden mobil gemacht werden soll gegen Velleitungen, die den Krieg bis zur Erfüllung unklarer Wünsche ins Endlose verlängern wollen.

Von Bernstein bis Liebknecht.

Von Eduard David.

Es ist eine gar seltsame Vereinigung, die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion abgespaltene Minderheit. Wer hätte je gedacht, daß Ledebour und Bernstein sich zu einer engeren parlamentarischen „Arbeitsgemeinschaft“ zusammenschließen würden! Der Krieg hat das Wunder vollbracht. Und nicht nur äußerlich hat er so heterogene Elemente wie die Benannten zusammengeführt, er hat sie offenbar auch innerlich einander angeglichen.

In wie hohem Maße das geschehen, beweist ein in der „Leibz. Volkszeitung“ veröffentlichter Artikel von Eduard Bernstein: „Was die Minderheit ein“. Darin zeigt Bernstein vor allem, daß er ganz überraschend schnell sich die Methode angeeignet hat, mit der seine jetzigen nächsten Freunde ehemals sein Wirken vor den Parteigenossen zu verdrängen verstanden. Was er über den Sinn der U-Boot-Resolution und die von den Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion dabei befolgte Taktik sagt, beweist sich durchaus auf dem Niveau der Ledebourischen Auslegungsmittel. Man weiß dabei nicht, worüber man sich mehr wundern soll, über die skrupellose innerparteiliche Demagogie oder über die politische Verblendung, mit der man den Ausgang des U-Boot-Streites vor der neutralen Welt als einen Sieg der Herrschenden hinstellt.

Der klare Wortlaut der Resolution, der die Rücknahme auf die berechtigten Interessen der neutralen Staaten bei Anwendung der U-Boot-Waffe ausdrücklich fordert, ist die beste Widerlegung des Bernsteinischen Beredes. Seine Darstellung, als ob wir uns bei Befolgung der Resolution von den Wünschen der Nationalliberalen und Konföderativen hätten bestimmen lassen, steht mit der Wahrheit in schroffem Widerspruch. Wir haben der Resolution zugestimmt, nachdem alles aus ihr entfernt war, was wir bekämpfen mußten, und das in sie aufgenommen war, was den Befürwortern unseres eigenen Antrags bildete. Das ist der einfache Sachverhalt. Damit haben wir getan, was wir unserem Lande und uns selbst schuldig waren.

Schmerzlicher noch als unsere Zustimmung zu der gemeinsamen Resolution berührt Bernstein unsere Ablehnung der Resolution Ledebour. Diese Resolution verlangte, daß auch die benannten feindlichen Handelschiffe von unseren U-Booten unter allen Umständen erst gewarnt werden müßten — ein Verlangen, dessen Erfüllung in den meisten Fällen die glatte Vernichtung unserer U-Boote bedeuten würde.

Zum zweiten forderte die Ledebourische Resolution von der deutschen Regierung „schleunigste“ Einleitung von Friedensverhandlungen, ohne Rücksicht auf eine vorhandene resp. nicht vorhandene Friedensgeneigtheit bei den Gegnern. Diese in unserer Erklärung vom 4. August 1914 aufgestellte Grundbedingung für unsere Friedensforderung wurde also ausgeschaltet. Und ebenso wurden die in unserer Friedensforderung gestellten Forderungen, daß der Friede die Unberührtheit des Reiches, seine politische Unabhängigkeit und seine wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit sicherstellen müsse, beiseite geschoben. Danach konnte die Resolution der Separatisten nur den Sinn haben, die deutsche Regierung solle schleunigst um Frieden „sitzen“, und zwar um einen „Frieden um jeden Preis“.

Mit einem solchen Vorgehen glaubt Bernstein, „die Ehre des deutschen Namens in den Augen der Arbeiterdemokratie aller Länder wenigstens von sozialdemokratischer Seite hier sicher zu stellen“; einen solchen Antrag nennt er „einen im sozialdemokratischen Sinne vaterländischer Akt!“ — Dieser Akt „vaterländischer“ Politik können wir „Sozialpatrioten“ freilich nicht mitmachen.

Daß diese Politik nicht auf die Wahrung der „Ehre des deutschen Namens“, sondern auf etwas ganz anderes eingestellt ist, liegt auf der Hand. Die weiteren Selbstoffenbarungen Bernsteins machen das auch dem blödesten Auge klar. Derselbe Bernstein, der in den Tagen vor dem 4. Aug. Marx und Engels als Zeugen heranzuföhre, um darzutun, daß wir für Kriegskredite stimmen müßten; derselbe Bernstein, der eifrig an unserer Erklärung mitarbeitete und ihr begeistert zustimmte, in der es hieß, daß die Sozialdemokratie „in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich lasse“; derselbe Bernstein, der betonte, daß wir uns dabei „im Einklang mit der Internationale fühlten“ — der spricht heute von der „verhängnisvollen Zustimmung vom 4. August 1914“!

Ohne diese, meint Bernstein, „wäre der Partei wahrlich alles eripart geblieben, worunter sie heute leidet.“ Was der Partei befehrt worden wäre, wenn sie am 4. August nicht zur deutschen Sache gestanden, sondern das getan hätte, wo-

rauf die Herren Poincaré-Maquith-Nikolai Nikolajewitsch spekulierten, das will ich hier nicht weiter untersuchen. Was aber aus dem deutschen Volke geworden wäre, wenn es innerlich zerrissen von den Millionenheeren des Jaren und seiner Verbündeten übermächtig worden wäre, ist auch ohne weitere Untersuchung jedem klar. Das Deutsche Reich wäre zerstückert, die politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands wäre geknackt, seine kulturelle Entwicklung auf Jahrzehnte hinaus gehemmt worden. Am schlimmsten aber wäre der deutschen Arbeiterklasse bei dieser Katastrophe mitgeschluckt worden. Die werktätige Volksmasse hätte den Rest der Leiden bis zum bittersten Rest auskosten müssen.

Jedoch der Gedanke einer Niederlage des deutschen Volkes im Kampf gegen eine feindliche Koalition von Ost und West läßt Bernstein heute offenbar kalt. In scharfem Gegensatz zu dem, was Engels und mehr noch Bebel als Folge einer solchen nationalen Katastrophe sahen, scheint ihm ein solcher Gang der Geschichte nicht besonders schreckhaft. Und nach dieser Richtung ist auch das zu machen, was „die Minderheit ein“, und zwar von Bernstein bis — Liebknecht! Denn den Letzteren schließt er nicht vom Kreise derer aus, mit denen er sich in Sachen der Kriegspolitik einigt. O nein, ihm vor allem gehört sein Herz. Er schrieb doch Bernstein im „Vorwärts“ vom 26. März nach einem Hinweis auf den Jubel, den Liebknechts Ausstreifen in Amerika ausgelöst habe, wörtlich: „Bei uns vergißt man über dem Disziplinärergehen Liebknechts, daß er die Sprache spricht, die vor dem 4. August 1914 in der ganzen sozialistischen Internationale gesprochen wurde, und die allen den Sozialisten zum Herzen geht, die der alten Luft noch nicht entwöhnt sind.“

Man ermäge, daß Liebknecht wenige Tage vorher, von der Tribüne des preussischen Abgeordnetenhauses herab, das Wort von der „Verwirrungszustände der Vaterlandsvorkämpfer“ in die Arena geworfen; daß er vor aller Welt verkündet hatte, statt das eigene Land zu verteidigen, sollten die Arbeiter draußra und dages die Gewehre umdrehen! — Jeder vernünftige Mensch weiß zwar, was er von einer solchen Phrasologie zu halten hat. Aber Bernstein findet sie offenbar schön und sein revolutionärer Geist atmet „die alte Luft“ mit Freude.

Die Art Internationalität ist es also, die nach Bernstein, die Minderheit ein. Sie läuft in der Praxis auf die Preisgabe der Lebensinteressen des eigenen Volkes hinaus. Die gehören offenbar, nach der Theorie der „internationalen Neutralität“ nicht zum Bereich der zu schützenden internationalen Rechte, stattdessen das deutsche Volk kein Teil der Menschheit ist.

Demgegenüber wird die Wahrheit um so entschiedener festhalten müssen an dem, was sie einst an der entschlossenen Antwort aller gegen das deutsche Volk gerichteten Beschlüssen und Erdrosselungsabsichten der feindlichen Völker. Dabei trägt uns die Ueberzeugung, daß das deutsche Volk, indem es sein eigenes Leben und die Freiheit seiner kulturellen Entwicklung wagt, auch der menschlichen Entwicklung den höchsten Dienst leistet.

Zur U-Bootfrage

äußert sich in einem Rückblick in dem jüngsten Heft des Münchener „Allgemeinen Rundschau“ erneut Dr. Julius Bachem. Er geht von Tirpitzens Abschied und den damit verbundenen „Stimmungen und Verstimmungen“ aus; an einzelnen Stellen sei man unerkennbar geneigt gewesen, so etwas wie eine Tirpitztroupe ins Beel zu setzen. Er fährt dann fort:

„Ein Teil der Presse hat diese Stimmungen mit Bestimmungen mit viel Temperament gendert und verbeichtet. Es gibt ja auch in Deutschland Blätter, welchen es im gegenwärtigen Kriege nicht rath und forsch genug zugeht, welche in einer gewissen nervösen Ueberreiztheit überall Farnweber wittern, und denen es auf eine Hand voll Feinde mehr oder weniger gar nicht ankommt, die am liebsten, so möchte es zu weilen scheinen, mit der ganzen Welt einschließlic der noch neutralen Mächte anbinden möchten. Von da bis zum Abstrauen gegen die verantwortlichen Leiter der deutschen Reichspolitik, die sich eben verantwortlich fühlen, ist nicht weit, trotz aller gelegentlichen Verwahrungen, daß man daran nicht denke. Aus den hier angedeuteten Stimmungen und Verstimmungen heraus sind auch die feineren im Reichstag eingebrachten Anträge in der U-Bootfrage hervorgegangen, wenigstens der nationalliberale und der konföderative Antrag, welche sich nicht wesentlich voneinander unterscheiden. Etwas anderes war der Zentrumsantrag, und es geht durchaus nicht an, daß man, wie es auch von einzelnen Zentrumsblättern geschehen ist, die drei Anträge als auf dasselbe hinauskommand behandelte. In der Zentrumsfraktion des Reichstages war man damit sicher nicht einverstanden, da man guten Grund hatte, das eigene Vorgehen als ein selbständiges zur Geltung zu bringen. Gegen den Zentrumsantrag ist auch das Bedenken nicht erhoben worden, daß er einen Eingriff in die höchste Stammensgesetzgebung darstelle, wie es von offizieller Seite, vielleicht ebenfalls zum Teil aus einer gewissen Stimmung und Bestimmung heraus, erhoben worden ist.“

Diese Kritik richtete sich nicht nur gegen die Redaktions- und Gehdebrand-Presse, sondern vor allem auch gegen die

Seite 6.
n & c
s tenre
1876
ellen
25
D Pfa.
hgen
D Pfa.
nerinnen
die nächsten
beter vorans
1874
eitsamt
100 III.
gen fertigt
ollstfreund
hterei
str. 75, 3. St
esidenz-
Theater
Waldstr.
donnerstag,
und Oster-
geschlossen
leibt
Mittwoch
April 1916
ade vollstän-
Spielfolge:
Licht zur
sternis.
gendes Drama
3 Akten.
Schicksal
rgmanns.
ndes Drama
2 Akten.
ochenes
herz
n einem Akt.
und Sohn.
mit Tedy und
üller-Linke
Hauptrollen.
Glück.
umor.
ist eingeladen.
umor. 1879
urcht vor
Freude.
in 3 Akten.
Quichoffe.
a in 8 Akten.
Ruth
ches Drama
nem Akt.

„Sölnische Volkszeitung“, deren Leiter Julius Bachem bis vor kurzem gewesen ist, und an der er jahrzehnte lang gewirkt hat. Jetzt darf dort ein gewisser Herr Eisele von Berlin aus den politischen Ton angeben, und er tut das in einer Art, daß die „Frankfurter Zeitung“ das Kölner Zentrumsorgan als das „kriegserhitzteste Blatt“ im ganzen Reich bezeichnet hat. Was den Zentrumsantrag zur U-Bootfrage betrifft, so ist er allerdings eine Desabouierung des führenden Zentrumsblattes durch die eigene Reichstagsfraktion.

Tagesbericht der obersten Heeresleitung

W. A. Großes Hauptquartier, 18. April. Vormittags. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Unsere Artillerie nahm die englischen Stellungen in Gegend von St. Eloi ausgiebig unter Feuer. Ein schwächlicher Handgranatengriff gegen einen der von uns besetzten Sprengtrichter wurde nachts leicht abgewiesen.

Beiderseits des Kanals von La Bassée und nordöstlich von Loos entspannen sich zeitweise lebhaftere Handgranatenkämpfe. In Gegend von Neuville und bei Beuvrages sprengten wir mit Erfolg mehrere Minen.

Im Kampfgebiet beiderseits der Maas spielten sich sehr heftige Artilleriekämpfe ab. Rechts des Flusses entziffen niederländische Truppen den Franzosen im Sturm die Stellungen am Seibruch 700 Meter südlich des Gehöftes Hautromont und auf den Höhenrücken nordwestlich des Gehöftes Thiamont.

42 Offiziere, darunter 3 Stabsoffiziere, 1646 Mann sind an unverwundeten Gefangenen, 50 Mann verwundet, in unsere Hand gefallen. Ihre Namen werden ebenso in der „Gazette des Ardennes“ veröffentlicht werden, wie die Namen aller in diesem Krieg gefangenen Franzosen auch der bisher in den Kämpfen im Maas-Gebiet

seit dem 21. Februar gefangenen 711 Offiziere, 38155 Mann.

Die Veranlassung zu dieser Bemerkung ist ein halbamtlicher französischer Bericht, unsere Angaben in Zweifel zu ziehen. Angriffsvorwürfe des Feindes an und im Caillette-Walde wurden bereits in der Bereitstellung oder in den ersten Anfängen durch Feuer vereitelt.

Gegen unsere Stellungen in der Woivre-Ebene, sowie auf den Höhen südöstlich von Verdun bis in die Gegend von St. Mihiel war die französische Artillerie außerordentlich tätig.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Brückenkopf von Dinaburg brachen heute früh vor unseren Stellungen südlich von Garbunowka auf starker Front ansehnliche russische Angriffe mit großen Verlusten für den Feind zusammen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

W. A. Wien, 18. April. Amtlich wird verlautbart vom 18. April:

Russischer und jüdischer Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Südbanländischen Front entwickelten die Italiener gestern stellenweise eine regere Tätigkeit. Ueber Triest kreuzten zwei feindliche Flieger, die durch Bombenabwurf zwei Zivilpersonen töteten und 5 verwundeten. Unsere Flugzeuge verjagten die feindlichen bis Grado und erzielten dort einen Bomben-volltreffer auf ein feindliches Torpedoboot.

Im südlichen Abschnitt der Hochfläche von Doberdo und am Gózer Brückenkopf kam es zu Geschützkämpfen. Der Bogorä wiesen unsere Truppen heute früh einen Angriff unter beträchtlichen Verlusten des Gegners ab. Der Lopusener Brückenkopf stand bis in die Nacht unter lebhaftem Artilleriefeuer.

In der Schärntner und Tispler Front hielten die Österreicher mit wechselnder Stärke an. Am heftigsten waren sie am Col di Lana, wo sich das feindliche Feuer abends zum Trummelgeschrei steigerte. Nach Mitternacht setzten die Italiener hier zu einem allgemeinen Angriff an. Dieser wurde abgeeschlagen. Später gelang es dem Feinde, die Westflanke der Col di Lana an mehreren Stellen zu sprengen und in die gänzlich zerstörte Stellung einzudringen. Der Kampf dauert fort. Im Sugana-Tal, wo die Italiener in letzter Zeit unsere Vorposten durch wiederholte Angriffe belästigt hatten, wurde der Feind durch einen Gegenstoß aus seinen vorgeschobenen Stellungen zurückgeworfen. Er ließ hierbei

11 Offiziere, 600 unverwundete Gefangene, vier Maschinen-gewehre in unseren Händen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Sölkner, Feldmarschallleutnant.

Der französische Bericht.

Paris, 18. April. Amtlicher Bericht von gestern nachmittags: Auf dem linken Ufer der Maas wurden unsere Stellungen im Gehölz von Bozonnet und an der Front Leter Mann-Garniers von der feindlichen Artillerie kräftig beschossen. Auf dem rechten Ufer verlor die Nacht verhältnismäßig ruhig, ausgenommen in der Gegend des Gehöftes südlich von Hautromont, wo die feindliche Artillerie ziemlich heftig blieb. Es kam zu keiner Infanterietätigkeit. Von der übrigen Front ist außer dem gewöhnlichen Geschützfeuer nichts zu melden. — Auf dem rechten Ufer der Maas hat eines unserer Geschützer, das aus 9 Flugzeugen bestand, trotz hiesigen feindlichen Bombardements in der Gegend von Conflans, Somme, Fenaille und Rombach ausgehört. Es wurden Geschütze in Höhe der Anzahl abgetrieben. Es auf den Höhen von Conflans, 16 auf Höhen im Rombach, fünf auf den Höhen von Fenaille und 11 auf die Höhen von Somme und Fen. In der Nacht zum 18. April kam eines unserer Stützflugzeuge bei einem Flug über die Landzunge von 100 Meter Höhe 15 Geschütze auf ein feindliches Geschütz, von denen die Mehrzahl trafen. (18. April.)

W. A. Paris, 18. April. Amtlicher Bericht von gestern abend: Auf dem linken Ufer der Maas wurden unsere Stellungen im Gehölz von Bozonnet und an der Front Leter Mann-Garniers von der feindlichen Artillerie kräftig beschossen. Auf dem rechten Ufer verlor die Nacht verhältnismäßig ruhig, ausgenommen in der Gegend des Gehöftes südlich von Hautromont, wo die feindliche Artillerie ziemlich heftig blieb. Es kam zu keiner Infanterietätigkeit. Von der übrigen Front ist außer dem gewöhnlichen Geschützfeuer nichts zu melden. — Auf dem rechten Ufer der Maas hat eines unserer Geschützer, das aus 9 Flugzeugen bestand, trotz hiesigen feindlichen Bombardements in der Gegend von Conflans, Somme, Fenaille und Rombach ausgehört. Es wurden Geschütze in Höhe der Anzahl abgetrieben. Es auf den Höhen von Conflans, 16 auf Höhen im Rombach, fünf auf den Höhen von Fenaille und 11 auf die Höhen von Somme und Fen. In der Nacht zum 18. April kam eines unserer Stützflugzeuge bei einem Flug über die Landzunge von 100 Meter Höhe 15 Geschütze auf ein feindliches Geschütz, von denen die Mehrzahl trafen. (18. April.)

Schützengräben und Unterstände in der Gegend von Beuvrages und Laffargue. In den Argonnen zerlösendes Feuer auf deutsche Werke nördlich von Sarreg. Bei Bauquois sprengten eine unserer Minen einen kleinen feindlichen Posten mit der Besatzung in die Luft. Am linken Maasufer lebhaftige Tätigkeit der feindlichen Artillerie gegen die Höhe 304 und unserer zweiten Linien. Am rechten Maasufer nahen die Deutschen nach einer Beschädigung von wachsender Heftigkeit, die am Morgen begann und sich gegen unsere Stellungen von der Maas bis Douaumont richtete, gegen 2 Uhr nachmittags einen mächtigen Angriff mit einem Bestand von wenigstens zwei Divisionen vor. Die Sturmwellen brachen sich an einer Front von ungefähr 4 Kilometern in unserem Sperr- und Maschinengewehrfeuer und wurden zurückgemorren mit Ausnahme eines Punktes, wo sie in einem kleinen Vorsprung unserer Linie südlich vom Chouffourwald Fuß faßten. Bei diesem Angriff erlitt der Feind sehr bedeutende Verluste, namentlich westlich vom Pfefferbügel und in der Schlucht zwischen dem Pfefferbügel und dem Wald von Hautromont. In der Woivre-Ebene von Artilleriegeschossen in den Abschnitten am Fuß der Maashöhen. — Flugzeuge: In der Nacht vom 16. auf den 17. April warfen unsere Kampf-Flugzeuge 22 Bomben auf die Bahnhöfe von Mantillois und Brieuxes. 16 Bomben auf Clair.

Günstige Kriegsnachrichten.

Ein neues englisches Anfinnen an Holland.

Haar, 18. April. (Amtlich.) Vom Minister für Ackerbau, Industrie und Handel wurde am Samstag die Direktoren der Niederländischen Dampfschiffahrtsgesellschaft und des Holländischen Lloyd empfangen. Die drei Minister teilten mit, daß die britische Regierung für das Bunkelieren in England oder in englischen Kohlenstationen vorläufig 30 Prozent des Schiffes zu Gunsten für Fracht nach England zur Verfügung gestellt werden. Der Minister hat den Direktoren deutlich zu verstehen gegeben, daß der niederländische Schiffraum für die Bedürfnisse der niederländischen Regierung verfügbar bleiben müsse und daß nicht gestattet werden kann, daß die Versorgung des eigenen Landes durch niederländische Schiffe zu kurz komme.

Große Verluste der Russen.

Wien, 18. April. Die „Sölnische Zeitung“ veröffentlicht einen Auszug aus dem Bericht des Berliner Vertreters der „Chicagoer Daily News“ namens Schütte, der als einziger ausländischer Berichterstatter den Kampf an der Maas-See beobachtete. Schütte berichtet, daß die Russen 700.000 Mann Truppen auf der Front von 100 Meilen angelegt und 150.000 Mann verloren haben, darunter 50.000 Tote. Die deutschen Verluste betragen weniger als ein Sechstel der russischen. Gegenwärtig stehen die Deutschen wieder in ihren alten Linien, nachdem es den Russen durch Uebermacht zeitweise gelungen war, an einigen Stellen in die deutschen Linien zu gelangen. Deutsche Offiziere versicherten Schütte, die Russen seien schließlich gegen die deutschen Linien von Kofoten mit Beifrieden haben vorgezogen worden, aber selbst dieses Mittel verlor. Von der russischen Armee, die mit 6 1/2 Millionen den Krieg begann, glaubt man, daß 750.000 übrig geblieben sind. (?) Schütte erklärte weiter: Offenbar fehlen der russischen Armee Offiziere, denn russische Truppen die bis in die deutschen Linien gelangten, standen dort ratlos und wußten nicht, was sie anfangen sollten. Die Tapferkeit der russischen Soldaten und ihr persönlicher Mut stehen außer Frage. Aber alles war vergeblich. Niemals wurden die Angriffe von Reserven unterstützt. Die Offensiv war entschieden zum Entschluß von Verdun gebildet. Kein russischer General würde derartige selbstmörderische Angriffe zu dieser ungeliebten Zeit beschließen haben, wenn nicht aus Gründen der alliierten Politik. Das Schlachtfeld bildet einen ganzen Ringhof mit Blut und Eisen bedeckt, der sich wohl 100 Meilen weit erstreckt.

Wilson's neue Note.

Washington, 18. April. (W. A. Nicht amtlich.) Meldung des Reuters-Büros. Wilson hat die Note an Deutschland fertiggestellt.

Deutsche Politik.

Reichsregierung und Umsatzsteuer.

Einmütig hat die Steuerkommission des Reichstages eine der Steuererschöpfung des Herrn Helfferich, den Quittungstempel, abgelehnt und dafür eine Umsatzsteuer beschlossen. Diese neue Steuer soll nach einer in der Kommission erfolgten Schätzung 600 Millionen Mark einbringen. Offiziell verlautet jetzt zu diesem Beschluß:

„Zum Standpunkte der Reichsfinanzverwaltung dürften grundsätzliche Bedenken gegen die Umsatzsteuer nicht bestehen, da von ihr wohl zweifellos ein höherer Betrag zu erwarten ist als von dem Quittungstempel. Immerhin wird man gut tun, den großen Erwartungen über den Umsatzsteuerertrag, der in Reichstagskreisen teilweise mit 600 Millionen angenommen wird, etwas skeptisch gegenüberzustellen, da irgendwelche zuverlässige Unterlagen für eine derartige Schätzung nicht vorhanden sind. Daß sich gegen die Umsatzsteuer auch mancherlei Bedenken anführen lassen, ist nicht zu bestreiten. So hat sie zweifellos den Charakter einer Gewerbesteuer und zwar in ziemlich roher Form; sie greift mitten in ein Steuergebiet ein, das den Gemeinden vorbehalten ist. Die Bundesregierungen werden deshalb vermutlich der Umsatzsteuer nicht mit besonderem Wohlwollen gegenüberstehen, wenn auch eine grundsätzliche Ablehnung vielleicht nicht zu befürchten ist.“

Herr Dr. Helfferich nimmt, was er kriegen kann, und je mehr ihm die Steuerfreiheit gewissermaßen auf dem Präsentierteller entgegenbringt, desto mehr versichert er, daß das alles noch nicht genug ist. Vielleicht daß der Staatssekretär später doch wieder mit seinem einflussreichen abgetanen Quittungstempel auf der Bildfläche erscheint, denn gerade für diese Steuer hatte er sich recht eifrig ins Zeug gelegt.

Die Beschlüsse der ersten Sitzung des Reiches über die Kriegssteuern sind nunmehr abgeschlossen, und es ergibt sich daraus, daß das Gezeck in der zweiten Sitzung eine teilweise Umgestaltung erfahren muß. Bei der Einnahmefreiheit, mit der gearbeitet wurde, und bei der Unmöglichkeit, die Konsequenzen der gefassten Beschlüsse auch nur einigermaßen festzustellen, haben sich eine ganze Reihe von Unvollkommenheiten ergeben.

Gute Beschäftigung der Dreizehner.

Der amtliche „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen“ meldet immer mehr zu einer Kurve. Die in neuester Zeit veröffentlichten Nachrichten erwecken in den weitesten Kreisen lebhaftes Interesse, weil die nötigen Stoffe zur Ausfüllung der Lücken dieser Nachrichten entweder gerantet oder doch nur für kleines Geld zu haben sind. Der Masse der Bevölkerung ist damit jedenfalls nicht gedient. Eine noch bedauerlichere Erscheinung ist aber das Besondere, daß

erhöhungen zu rechtfertigen. Momentan sind Bestrebungen im Gange, die Milchpreise noch mehr in die Höhe zu treiben. Anstatt dem entgegenzutreten, werden diese Bestrebungen von dem amtlichen Organ geradezu gefördert. Dort wird nämlich geschrieben:

„Das Problem, das hier aufgerollt wird, ist von erheblicher kriegenährwirtschaftlicher Bedeutung. Daß Erzeugnisse, die aus dem gleichen Anfangsprodukt hervorgehen, und wahlweise hergestellt werden können, im Preise die gleiche Rentabilität bieten müssen, wenn nicht das benachteiligte über Gebühr knap werden, allenfalls sogar vom Markte ganz verschwinden soll, ist längst bekannt und beruht sich schließlich auch von selbst. Aber darüber hinaus muß die ganze Preisreihe der Nahrungsprodukte — auch soweit sie nicht in unmittelbarem produktionswirtschaftlichem Zusammenhang miteinander stehen — eine gewisse Einheit des Preisniveaus wahren. Ergibt ein Produkt — auch wenn die Produktionskosten und dazu noch ein an sich auskömmlicher Verdienst voll gedeckt sind — einen erheblich geringeren Gewinn als andere, so werden entweder bis zu einem gewissen Grade Produktionsverhältnisse eintreten, die das Angebot dieses Erzeugnisses mindern, oder der Verbrauch des Erzeugers wird jenseits dieses Produkts, das ihm im Verkauf relativ am wenigsten bringt, bezuzugeln, jedoch gleichfalls die Marktaufuhr geschmälert wird. Gegen solche in ihrem Wesen ganz natürliche Tendenzen gibt es nur Zwangsmittel, und Produktionsmangel bei Hunderttausenden oder Millionen von Menschen ist schon wegen des Mangels an kontrollierenden Stellen, außerdem aber infolge der unzerstörbaren Beziehungen zwischen Produktionsstätte und Produktionsort ein heftiges, nur bedingt Erfolg verheißendes Verbrechen.“

Im Interesse der immer schwieriger werdenden Volksernährung wäre es gelegen, die Preise der Konkurrenzprodukte der Milch herabzusetzen, um damit den Verkauf von Milch zu fördern. Das amtliche Organ aber berichtet den gegenteiligen Standpunkt, wie man ja im Reichsamt des Innern von allen Anfang an der Ansicht war, daß hohe Preise das beste Mittel sind, zur Sparlichkeit im Verbrauch anzubahnen. In Wirklichkeit werden damit nur die ärmeren Volksklassen geschädigt, während die Besitzenden ihren Konsum in keiner Weise einzuschränken brauchen.

Deutsch-österreichische Wirtschaftsverträge.

Wie amtlich mitgeteilt wurde, hat es sich bei dem Besuch des österreichischen Ministers v. Burian in Berlin um die Erörterung einer ganzen Reihe schwebender Fragen gehandelt. Dazu erzählt nun die „Kögl. Rundschau“, daß der Hauptbestandteil dieser Fragen die wirtschaftlichen Angelegenheiten gebildet haben, und zwar sowohl diejenigen, die sich auf einen wirtschaftlichen Zusammenstoß der Weltmächte beziehen, als auch diejenigen, die der Abwehr des von unseren Feinden geplanten Wirtschaftskrieges gelten. Bezeichnend in dieser Beziehung ist es, daß an dem Freitag, das der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Bogorä zu Ehren des Barons Burian kam, auch der Reichsstaatssekretär der Unterstaatssekretär Dr. Richter und Direktor Johannes teilnahmen. Dr. Richter hat eine wichtige Stimme bei den Entscheidungen, die im Reichsamt des Innern über unsere wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland getroffen werden, und Dr. Johannes ist der Leiter der handelspolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt.

Besichtspunkte bei Einführung der „Sommerzeit“.

In-mancher Hinsicht wird die Einführung der „Sommerzeit“ ab 1. Mai für das Verkehrspersonal Veränderungen mit sich bringen, allerdings nicht nur solche angenehmer Natur.

Zunächst die verkehrstechnische Seite: Zu den Neuheiten des Fahrplanswechsels am 1. Mai treten also die der Zeitverrückung. Ein Umstand begünstigt diese Einführung wesentlich, nämlich die zur gegenwärtigen Zeit schwache Belegung der Verkehrsmitel mit Personen- und Schnellzügen in den Nachtstunden von 11—3 Uhr. Man wird hier also gar nicht so tief einschneidende Maßnahmen ergreifen müssen. Es wird genügen, die zur Abendzeit abgegangenen Züge nach Eintritt in die Sommerzeit ab 1 Uhr mit Verpöpfung weiterzuführen; in einigen wenigen Fällen werden Doppelzüge nötig sein. Durch die Freierlegung von Zügen bis zu einer Stunde wird nur bei den wenigen kurz vor der kritischen Zeit abgehenden Zügen nötig sein. Schon größere Schwierigkeiten ergeben sich bei der Durchführung des Güterzugfahrplans, da der Güterverkehr durch — trotz Kriegszeit — gerade zur Nachtzeit ziemlich stark ist und durch die militärischen Transporte erheblich beeinflusst wird. Es werden hier wohl verpöpte Nachzügeln der Kurzüge in Betracht kommen. Bei Festlegung von Sonderkurzen wird man die kritischen Stunden vermeiden müssen, um sie nicht noch kritischer zu gestalten.

Für das Eisenbahnpersonal des Nachdienstes vom 30. April auf 1. Mai hat die Einführung der „Sommerzeit“ die angenehme Seite, daß der Nachdienst eine volle Stunde kürzer ist, während das Personal, das abends spät den Dienst verläßt und morgens früh wieder antritt, die Verfrüherung des Schlafes um eine Stunde ganz erheblich verspürt, da ja bekanntlich zurzeit das Verkehrspersonal ohnehin stark beansprucht ist. Es wird hier wohl von den vorgesetzten Behörden ein Ausgleich geschaffen werden müssen, vielleicht in der Form, daß das Nachdienstpersonal eine halbe Stunde früher den Dienst antritt oder eine halbe Stunde später morgens den Dienst verläßt.

Mit dem 1. Mai wird die „Sommerzeit“ für die Verkehrsbediensteten, die in regelmäßigen Tagesstunden Dienst versehen — wie auch überhaupt für die Tagesarbeitenden — insofern einen Vorzug mitbringen, als sie abends eine Stunde länger sich der Bestellung von Gärten oder Feld widmen können. Schon dieser eine Gesichtspunkt rechtfertigt in der gegenwärtigen Zeit, wo das Verkehrspersonal mehr als je auf die Erträge des Gartenlandes angewiesen ist, die Einführung der „Sommerzeit“. Der Umstand, daß durch diese Einführung, zur Abendzeit der Besuch der Theater, Kinos, Varietés beeinträchtigt werden könnte, kann ernstlich wohl nicht dagegen ins Feld geführt werden. Denn für das werktätige Verkehrspersonal z. B. sind diese Sachen — man möge sich zur Frage der Notwendigkeit von Theater, Kino, und Varieteevorstellungen stellen, wie man wolle — zurzeit ein Luxus, insofern, als die Berufs- und Hauspflichten das Personal so festhalten, daß diese Dinge für sie einfach nicht bestehen.

Aus der Partei.

Ein kennzeichnendes Urteil über die Opposition.

Am Amsterdamer „Telegraaf“, dem bekanntesten deutsch-freierischen Blatte, das Holland mit allen Mitteln an der Seite Englands in den Krieg gegen Deutschland hegen möchte, schreibt der stellvertretende Chefredakteur August Monet über die Spaltung in der deutschen Sozialdemokratie. Er beschreibt die einzelnen Gruppen und darunter die „prinzipiellen Internationalisten“, wie er sie nennt, so:

Am Reichstag allein vertreten durch Liebknecht, den einzigen Menschen, den die deutsche Kultur hervorgebracht hat. Innerbittlicher Apostel Marx und seines eigenen Vaters. Hat mehr Beweise von Selbentum gegeben, als das ganze deutsche Volk. Im buchstäblichen Sinne des Wortes ein „Lebermenschen“. Hat auf seiner Seite nur drei Apostel, darunter zwei Frauen: Käthe, Rosa Luxemburg und Clara Zetkin.

Mehring ist dem Manne nicht bekannt. Marx und Wilhelm Liebknecht aber ebensovornig.

Sozialdemokratischer Stadtverordneten-Wahltag.

Bei einer Stadtverordnetenwahl in Rendsburg ist der sozialdemokratische Kandidat mit drei Stimmen Mehrheit gewählt worden. So haben die Bürgerlichen ein Mandat, das sie freiwillig auf Grund des Vurgirchens nicht an die Arbeiterpartei abtreten wollten, im Wahlkampf verloren.

Aus dem Lande.

Nischelbach bei Rastatt, 19. April. Das dreijährige Knäbchen einer hiesigen Familie verbrühte sich derart mit kochendem Wasser, daß es starb.

Forsheim, 19. April. In der vergangenen Woche wurde eine größere Sendung aus Holland bezogener geschlachteter Kälber beschlagnahmt, weil der Verdacht vorlag, daß sie aus spekulativer Absicht zur Erzielung höherer Preise aufgespeichert werden sollten. Aus dieser Sendung wurden der hiesigen Stadtverwaltung rund 120 Zentner Kalbfleisch überwiesen, das zum Preis von 1,10 Mk. für das Pfund abgesetzt wurde. Da man bei den Meßern 1,80 Mk. für das Kalbfleisch bezahlen muß, so war der Vorrat schnell ausverkauft.

Heidelberg, 19. April. Der Seismograph der Königsplatzwarte verzeichnete heute früh ein mittelstarkes Kernbeben, das 5 Uhr 14 Minuten begann und 5 Uhr 24 Minuten sein Maximum erreichte. Die Bodenbewegung hielt über eine Stunde an.

Altenbach bei Heidelberg, 19. April. Beim Spielen mit einem Gewehr entlud sich die Waffe und die Kugel drang einem in der Nähe stehenden 14jährigen Mädchen durch den Hals. Die Verletzung ist eine schwere.

Mannheim, 19. April. Von dem Generalkonjunkturamt und Frau sind die Mittel für einen weiteren Kriegskriegswagen geschenkt worden. Außerdem haben verschiedene Einwohner Geld und Naturalien für die Kücheneinrichtungen geschenkt.

Weinheim, 19. April. Hier wurden zwei englische Offiziere verhaftet, welche aus dem Gefangenenlager Weilsberg a. d. L. ausgeflogen waren. Die Offiziere waren als Handwerkerkinder geübt und sprachen gut Deutsch.

Lahr, 18. April. Eine Gemeinde des Amtsbezirks hatte einen Hülsenwaidhüter angehehlt. Dieser wurde jetzt erloppt, wie er ein Reh in der Schlinge fing.

Freiburg, 19. April. Der Oberbefehlshaber der Armeeabteilung Saade hat zur Verhütung der Verbreitung von Geschlechtskrankheiten folgende Verordnung erlassen: Zivilpersonen (Männer oder Frauenpersonen), die aufreihlich geschlechtlich verkehren, obwohl sie wissen oder den Umständen nach annehmen müssen, daß sie geschlechtskrank sind, werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr, bei mildernden Umständen mit Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft. Gegen Militärpersonen ist unter gleichen Voraussetzungen wegen Ungehorsams strafrechtlich einzuschreiten.

Kath. Tennenbrunn, 18. April. Der 54jährige Tagelöhner Berthold Fiebig wurde von einem Pferd derart auf den Unterleib geschlagen, daß er schwere innere Verletzungen erlitt und an ihnen starb.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 19. April.

Städtische Lebensmittelfürsorge.

Wie bereits berichtet, hat sich die sozialdemokratische Bürgerauschuh-Fraktion in einer Sitzung am 13. April mit der Lebensmittelversorgung der Stadt Karlsruhe beschäftigt und hat nunmehr dem Stadtrat folgende Anträge unterbreitet:

1. Die Verkaufsstellen der Stadt in der Form zu vermehren, daß in den einzelnen Stadtteilen Ost-, Süd-, Weststadt und Mühlburg täglich geöffnete Verkaufsstellen errichtet werden.

2. In den Verkaufsstellen der Stadt Lebensmittel zum Selbstkostenpreis nur an Minderbemittelte, deren Einkommen 2600 Mark jährlich nicht übersteigt, abzugeben.

3. Nach dem Vorbilde anderer Großstädte Massen-speisungen einzurichten, die eine gute und ausreichende Ernährung der minderbemittelten Bevölkerung gewährleisten.

In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß die sozialdemokratische Bürgerauschuhfraktion bereits am 30. Juli 1915 einen diesbezüglichen Antrag an verehrlichen Stadtrat gerichtet hat. Mit der nach den Vorschlägen des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadtverordneten erfolgten Erledigung des Antrages konnten sich die Antragsteller seinerzeit zurückziehen. Heute liegen infolge der Knappheit der Lebensmittel und infolge der stets steigenden Preise die Verhältnisse so, daß die getroffenen Einrichtungen nicht mehr ausreichen und deren Erweiterung dringend notwendig ist.

In normalen Zeiten hat die minderbemittelte Bevölkerung ihren Bedarf an Lebensmitteln in den kleinen Geschäften gedeckt. Heute sind in diesen Geschäften die notwendigen Artikel nicht mehr zu haben. In anderen Geschäften zu kaufen ist der ärmeren Bevölkerung zurzeit fast unmöglich gemacht, denn die Geschäfte, wo heute noch alles zu haben ist, nehmen in erster Linie darauf Rücksicht, ihren alten Kundenkreis zu betriebligen. Bemerkungen: „Wir geben nur an untere Kundenschaft Waren ab“, oder: „es ist wunderbar, wie viel fremde Personen jetzt in unseren Läden kommen“, sind nicht selten.

Diese Verhältnisse bringen es mit sich, daß ein immer größerer Kreis der minderbemittelten Bevölkerung zu den

Verkaufsstellen der Stadt ihre Zuflucht nehmen muß und der Andrang, der bei den Verkaufsstellen der Stadt eingetreten ist und der Zustand, daß sowohl morgens wie auch mittags viele Stunden vor Eröffnung der Verkaufsstellen Ansammlungen der kaufenden Bevölkerung stattfinden, sollte an sich schon dazu führen, die Verkaufsstellen zu vermehren und in die einzelnen Stadtteile gleichmäßig zu verteilen.

Bei dem Antrag Massenpeisungen einzurichten geben die Antragsteller von der Erwägung aus, daß viele Familien aus den Kreisen der minderbemittelten Bevölkerung im eigenen Haushalt nicht mehr in der Lage sind, eine zur Erhaltung der Gesundheit ausreichende Nahrung herzustellen und es ein zwingendes Gebot der Stunde ist, durch solche Einrichtungen helfend eingzugreifen. Von den Antragstellern wird großer Wert darauf gelegt, daß durch die Massenpeisung ein frisches und billiges Essen verabreicht wird und daß unzulässig der Preis für das einzelne Essen den Betrag von 20 Pf. nicht übersteigen soll.

Eine wohlwollende Prüfung der Anträge seitens des Stadtrats wird erwartet.

Ausschussung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Karlsruhe.

Zu einer 4. Kriegstagung fanden sich die Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten Montag, 17. ds. Mts., zahlreich im Krankenkassengebäude ein und erzielten in erfreulicher Einmütigkeit die verschiedenen Beratungsgegenstände der Tagesordnung. Die günstigen Rechnungsergebnisse des Jahres 1915 mit einer Vermögensvermehrung um 180 870 Mark 41 Pf., mit einer Zuführung von 174 269,75 Mk. an die Rücklage und einem Kassenzustand von 82 007,27 Mk. erfüllte wie den Vorstand und die Verwaltung auch den gesamten Ausschuss mit großer Genugtuung und man nahm gerne Kenntnis von der Fortwärtigkeit der Kassenverhältnisse im verflochtenen Geschäftsjahre. Nicht als ob die Zeiten der Kriegszeit an der Kasse nurlos vorübergegangen wären. Wie wohl bei den meisten Körperschaften, so sind auch die Kräfte der Allgemeinen Ortskrankenkasse und des Karlsruher Kassenverbandes aufs äußerste angepannt gewesen und die in dem gedruckten ausführlichen Geschäftsbericht niedergelegten Zahlen und Abhandlungen bieten ein bebildertes Zeugnis für das Maß an Fürsorge, welche die Kassenorgane der Entwicklung der Kassenverhältnisse und der Krankenhilfe erwiesen hat. Namens der Rechnungsrevisoren berichtete Stadtverordneter H. Eichhorn über den Kassenstand im allgemeinen und über die Rechnungsprüfung im Einzelnen. Er gab die Befriedigung des Rechnungsausschusses über die Geschäftsführung und -abwicklung und erklärte, die gewählten Rechnungsprüfer hätten keine Beanstandungen vorzutragen, seien vielmehr in der angenehmen Lage, der Verwaltung das größte Vertrauen auszusprechen. Kommerzienrat Moringer sprach ebenfalls über die Rechnungsergebnisse und gedachte dabei der ersten und schweren Zeit, in welcher die Gedanken aller von den großen Ereignissen draußen im Felde in Anspruch genommen werden und wie unsere tapferen Truppen an den verschiedensten Fronten kämpfen und unter unendlicher Anstrengung unbedrohen ihre großen Aufgaben bewältigen. Redner bezeichnete die Sozialversicherung als ein hervorragendes Glied in der Kriegsvorbereitung. In gleicher Weise wie der Vordränger bearbeitete auch er die Entlastung der Verwaltung für das ablaufende Geschäftsjahr. — Der Kassenvorstand des Städt. Hof und der Ausschussvorsitzende Oberamtsverwalter Risten gollten der Verwaltung den gebührenden Dank für die gewaltigen Leistungen des Vorjahres und anerkannten den Geschäftsbericht mit seinem reichhaltigen Inhalt und aufläuternden Inhalt gerade mit Rücksicht auf die Kriegzeitwirkung als eine fleißige und in jeder Beziehung brauchbare Arbeit. Es erfolgte hierauf die Rechnungsabnahme einstimmig.

Der Vorschlag für das Jahr 1916 mit 974 747 Mk. Einkommen, 886 260 Mk. Ausgaben (darunter 90 000 Mk. Abführung an die Rücklage) und 88 487 Mk. Kassenzustand wurde hierauf ebenfalls einstimmig genehmigt. Es lagen noch einige Söhungsbänderungen zur Beschlußfassung vor, darunter die Erhöhung des Hausgeldes an Familienangehörige von 50 auf 75 Prozent des Krankengeldes, welche nach näherer Begründung durch den Vorsitzenden Hof und den Verwaltungsdirektor Stigmund gutgeheißen wurden.

Zum Schluß der anregend verlaufenen Versammlung gab der Kassenvorstand des Städt. Hof bekannt, daß das von der Kasse einverleibte Genesungsheim Scheuern nunmehr dem Betriebe übergeben werden könne und daß die gesamten Erwerbs- und Anstaltungskosten für die innere Einrichtung einschließlich einiger Umbauten die Summe von 125 000 bis 130 000 Mk. nicht übersteigen dürften. Das neue Heim habe bis jetzt überall den größten Beifall gefunden und unter der sachverständigen Leitung der Architekten Gursel und Ehardt sei wirklich etwas ganz Hervorragendes geschaffen worden, das sicherlich zum Segen für die Krankenkassenmitglieder gereichen werde. Am Sonntag, 18. April, fand bereits eine kleine stimmungsvolle Eröffnungsfestung statt, zu welcher außer dem Gesamtvorstand, dem Ausschussvorsitzenden und 2 Ausschussmitgliedern auch die Vorsitzenden der Verbandsstellen, der leitende Arzt Groß, Bezirksarzt Dr. Schmidt-Gernsack und die Vertreter der Gemeinde Scheuern eingeladen und erschienen waren. Nach einer kurzen Begrüßung im Festsaal und Gesellschaftszimmer erfolgte eine sachverständige Führung durch Architekt Gursel und erläuterte derselbe hierbei den Zweck der einzelnen Räume und die Art der Einrichtung. Ein gemütliches Beisammensein bereinigte die Gäste noch kurze Zeit im Speisesaal und wurde hierbei noch manch prächtiges Wort gesprochen. Nachmittags 4 Uhr überbrachten die Mitglieder der Verbandsstellen, Kommerzienrat Moringer äußerte sich sehr befriedigt über die ganze Einrichtung und die Leistungen der Architekten, Direktor Stigmund und anerkannte das große Entgegenkommen der Diakonissen für die Leitung und Wirtschaftsführung des Heimes unter besonderer Würdigung der von denselben während der Einrichtungszeit geleisteten wertvollen Dienste. Ausschussvorsitzender Risten lobte die umfängliche hochgelungene Verfassung des Vorstandes und der Verwaltung bei den ganzen Vorbereitungen zur Gründung des neuen Heimes. Stadtrat Reichardt sprach sich für es nicht nehmen, der entsprechenden verständnisvollen Zusammenarbeit der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zu gedenken. Es war daher dem Kassenvorstand am Ende der erhellenden Stunden ein Vermögen, alle für die Entwicklung der Genesungsfürsorge in Betracht kommenden Wünsche dahin zusammenzufassen, daß das Heim insbesondere während des Krieges noch keine fegenswerten Aufgaben erfüllen möge und daß die Krankenkassen überhaupt häufigst wieder im Frieden ihr soziales Wirken entfalten mögen.

Einem früheren Wunsch des Ausschusses Rechnung tragend, wird demnächst noch sämtlichen Vertretern Gelegenheit zur Befichtigung des neuen Heimes in Scheuern gegeben werden. Einleitend wurde auch aus der Mitte des Ausschusses und zwar durch Glaswiler Drinnberg und Schreiner Hördle das Geschäftliche als durchaus glücklich gelöst bezeichnet und die Hoffnung ausgesprochen, es möge das Heim zur Heilung der vielen durch den Krieg geschlagenen Familien beitragen.

* Haushaltungs- und Wirtschaftsgüter aus Kupfer, Messing und Neinnidel. Durch die heutige Bekanntmachung des Bürgermeisters werden alle Haushaltungen, die mit der Abgabe ihrer enteigneten Gegenstände noch im Rückstande sind, zur unverzüglichen Ablieferung aufgefordert; in den nächsten Tagen wird mit der zwangsweisen Einziehung der Gegenstände begonnen, deren Kosten die Ablieferungsfristigen zu tragen haben. — Da sich herausgestellt hat, daß eine Reihe von Haushaltungen und Betrieben teils aus Unkenntnis, teils mit Absicht beschlagnahmte Gegenstände verheimlichen, wird in der Bekanntmachung auf die hohen Strafen hingewiesen, die für Unterlassung der Anmeldung angedroht sind. Wer nicht bis 29. April seine verheimlichten Gegenstände abgeliefert hat, gegen den wird Anzeige erstattet werden. — Haushaltungsgegenstände, die nicht beschlagnahmt sind, sowie Altmetall und sämtliche Materialien und Gegenstände aus Kupfer, Messing, Rotguss, Zinn, Bronze, Neusilber (Alfenid, Christofle, Alpala) und Neinnidel, soweit sie nicht auf Grund der Verfügung vom 1. April 1915 bei der Metallmeldestelle des Kriegsministeriums gemeldet sind, werden zu dem in § 10 der Verordnung angeführten Preisen auch jetzt noch angenommen. In manchen Haushaltungen dürften sich solche Gegenstände, die überflüssig geworden sind und deren man sich bei Gelegenheit entledigen möchte, finden, und bei der jetzt einkehrenden östlichen „großen Kupferi“ dürfte manches Stück Altmetall zum Vorzweck kommen, das im Keller oder auf dem Speicher nutzlos aufbewahrt wird. Es liegt im dringendsten Interesse der Heeresverwaltung, daß ihr alles überflüssige Kupfer usw. alsbald zur Verfügung gestellt wird.

* Städtische Handelsschule. Wie schon mitgeteilt, sollen an der hiesigen Handelsschule zum erstmaligen Lehrkurs in spanischer Sprache eingeführt werden. Bei der großen Verbreitung dieser Sprache, die außer dem Mutterlande und seinen ehemaligen Kolonien einen großen Teil von Südamerika, ganz Mittelamerika und Mexiko umfaßt, ist das Spanische für unsere Handelsbeziehungen von außerordentlicher Wichtigkeit. Der Unterricht wird durch einen hiesigen Lehrer erteilt, der eine Reihe von Jahren im Pariser lebenden Ausland weilte.

* Genossenschaftstag. Die badischen landwirtschaftlichen Genossenschaften halten wie üblich im Mai ihre Kriegstagungen ab, und zwar findet der 33. Verbandstag des Genossenschaftsverbandes badischer landwirtschaftlicher Vereinigung am Donnerstag, 18. Mai, vormittags 11 Uhr, im großen Festhallaal hier statt. An demselben Tag vormittags 9 Uhr tagt im kleinen Festhallaal die 17. Generalversammlung der Zentralstelle der badischen landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaften. Der Badische Rotkreuzverband hält am Mittwoch, 17. Mai, nachmittags 1/2 8 Uhr, im kleinen Festhallaal seine 21. Generalversammlung ab und schließlich tagt hier noch am Donnerstag, 18. Mai, die landliche Fürsorgestelle des Genossenschaftsverbandes badischer landwirtschaftlicher Vereinigungen.

* Wochenmarkt. Es wird darauf hingewiesen, daß der auf morgen, Gründonnerstag, fallende Wochenmarkt nicht auf dem Marktplatz, sondern auf dem Ludwigsplatz stattfindet.

* Die Hof- und Landesbibliothek ist nach Statut § 20 von Gründonnerstag bis einschließlich Sonntag, 30. April, geschlossen. Die auswärtigen Benutzer werden ersucht, hiervon Kenntnis zu nehmen.

Neues vom Tage.

Die Kathedrale von Andria niedergebrannt.

Bern, 18. April. (W.D.) Der „Secolo“ meldet aus Bari: In der Kathedrale der Stadt Andria ist eine heftige Feuersbrunst ausgebrochen, die das denkmalreiche, im Jahre 1046 begonnene Bauwerk fast vollständig zerstörte. Auch der Bischofsspalast scheint verloren.

Der Erreger des Flecktyphus entdeckt?

Petersburg, 17. April. Nach einer Mitteilung des Oberbefehlshabers des russischen Roten Kreuzes an der Westfront, Grafen Bennigen, soll es dem Professor Redigajew und der Aerztin Burowa gelungen sein, den Erreger des Flecktyphus zu entdecken.

Letzte Nachrichten.

Friedensgerüchte?

Berlin, 18. April. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet aus dem Haag: Seit gestern kühnen in Finanzkreisen Friedensgerüchte. An der Amsterdamer Börse zeigte sich sofort eine Steigerung der Balka aller kriegsführenden Mächte. Das „Handelsblad“ bringt ausdrücklich die Steigerung mit unbefestigten Friedensgerüchten in Zusammenhang. (Die Redaktion des „Berliner Tageblatts“ bemerkt hierzu, daß über die Vorgänge, die die Entstehung dieser Gerüchte erklären könnten, nichts bekannt ist.)

Friedensdemonstrationen der italienischen Sozialisten.

Berlin, 18. April. Die „Vossische Zeitung“ meldet, daß die kriegsfeindlichen Sozialisten Italiens für den 1. Mai große Kundgebungen vorbereiten zur Aeußerung der italienischen Arbeiterschaft nach Wiederherstellung des Friedens.

Friedensbedingungen der französischen Sozialisten.

Von der Schweizer Grenze, 18. April. In der „Gemanität“ kommt der sozialistische Abgeordnete Renaudel auf die Medien Hautes in Deutschen Reichstag zuord. Er macht dabei einige Bemerkungen über den Frieden, den die französischen Sozialisten annehmen würden. Die Bedingungen, die er stellt, sind: Die Herausgabe von Elsass-Lothringen an Frankreich, die Verpflichtung Deutschlands, auf jede Art von Hegemonie für alle Zukunft zu verzichten und nie mehr zu den Waffen zu greifen. Willens, so fügt Renaudel hinzu, das Verhältnis zu den Kolonien und die wirtschaftlichen Beziehungen der europäischen Staaten unter Ueberwachung zu stellen. Wenn Deutschland das alles nicht freiwillig zustehen will, so muß es eben dazu gezwungen werden. (Hf. B.)

Diese Auslassungen sind nur ein neuer Beweis für die Geistesverwirrung, die unter den französischen Sozialisten herrscht. Red.

Der Kampf gegen die Drückerberger in Frankreich.

Bern, 18. April. Laut Meldungen französischer Blätter ist in Frankreich abermals eine große Organisation zur betrügerischen Verleitung vom Heeresdienst entdeckt worden. In Rouen wurden auf Veranlassung der Militärbehörden bereits zwei Verhaftungen vorgenommen, denen wahrscheinlich zahlreiche andere folgen werden. Auch ein Arzt soll besonders darin verwickelt sein.

Der D.

Bern, aus Athen, griechisch, endgültige von der griechischen Regierung mitgeteilt zu sein.

Das Tele.

London, meter auf die Hauptpost genügt. Die an den deutsch-österreichischen vorgeschlagen niemals von den Völkern.

Die

Der Durchmarsch durch griechisches Gebiet.

Bern, 18. April. (B. B.) Der „Corriere della Sera“ meldet aus Athen: Die Frage des Transportes serbischer Truppen durch griechisches Gebiet ist noch nicht gelöst. Man erwarte eine endgültige Antwort des Pariser Kriegsrats der Alliierten auf die von der griechischen Regierung erhobenen Einwände. Andererseits berate man eine entgegenkommende Lösung, um den Durchmarsch mit gewissen Beschränkungen und unter bestimmten Bedingungen zu gestatten.

Das Telegramm des Zaren vom 29. Juli 1914.

London, 18. April. Im Unterhause wies ein Abgeordneter auf die letzte Rede des deutschen Reichstags hin, in der behauptet wurde, die Verbündeten hätten Deutschland zum Krieg genötigt. Der Abgeordnete fragt an, ob das Telegramm des Zaren an den deutschen Kaiser vom 29. Juli 1914, in dem die Vorlegung des österreichisch-serbischen Problems vor das Haager Schiedsgericht vorgeschlagen wurde, im deutschen Weisbuche veröffentlicht, ob es niemals von einer deutschen Zeitung gebracht und ob es dem deutschen Volke ganz verheimlicht worden sei. Der Unterstaats-

sekretär im Ministerium des Auswärtigen antwortete, daß dieses Telegramm tatsächlich im deutschen Weisbuche nicht enthalten sei. Er glaube, es sei nach seiner Veröffentlichung durch die russische Presse auch in Deutschland veröffentlicht worden, begleitet von wenig glaubhaften Erklärungen wegen der Begünstigung. (Frankf. Ztg.)

England kontrolliert die amerikanische Konservenausfuhr.

London, 18. April. Reuter meldet: Das Auswärtige Amt gibt bekannt, daß nach langen Verhandlungen mit den Firmen Armour u. Co., Morris u. Co., mit der Homono-Gesellschaft, mit der Firma Sulzberger u. Söhne und mit der Cudahy-Konservengesellschaft Abkommen vereinbart wurden zur Vermeidung amerikanischer Fleischkonserven nach neutralen Ländern in Europa. Auf Grund dieser Abmachungen erhält die britische Regierung mittels einer an die Konservensabrikanten ausgegebenen Summe das Recht, für die Dauer des Krieges alle Fleischkonservensendungen aus Amerika, die für neutrale europäische

Länder bestimmt sind, zu regeln und zu überwachen. Die britische Regierung mißt dieser Vereinbarung große Wichtigkeit bei. (Frankf. Ztg.)

Einführung der Sommerzeit in Frankreich.

Paris, 18. April. Die Kammer hat einen Gesetzentwurf über das Vorstellen der Uhr in Frankreich bis zu Ende des Jahres, in dem der Friedensvertrag geschlossen wird, angenommen. Die durch das Gesetz vom 9. März 1914 festgesetzte gesetzliche Zeit kann darnach durch einen Beschluß des Ministeriums abgeändert werden.

Verantwortlich für Politik, Krieg und Letzte Post: Wilhelm Koll; für den übrigen Inhalt: Hermann Kodel; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Naturfreunde.) Orléans: Abfahrt am 1. Feiertag 7 Uhr, Baden, Gersdorfer- und Grimmbach, Naturfreundehaus. — Seite 2 e r j a m l u n g. 1284

Günstiges Oster-Angebot in Schuhwaren!

Für Damen!

- Art. 130. Leder-Damen-Hausschuhe gutes Fabrikat, extra billig . . . per Paar Mk. **4.25**
- Damen-Kreuz-Spangenschuhe moderne Form . . . per Paar Mk. **9.50**
- Damen-Schnür-Halbschuhe, Lackkappe, Derbyschnitt, moderne Form . . . per Paar Mk. **9.50**

Für Herren!

- Preiswerte Herren-Hausschuhe bequeme Formen . . . Mk. 2.50 **1.98**
- Eleg. Herren-Schnürstiefel, breite mod. Form, mit u. ohne Lackkappen Mk. 14.50 **12.50**
- Schwarze Damenstrümpfe per Paar **68**

Für Kinder!

- Preiswerte Erstlings-Schuhe Stoff per Paar **58**
- Braune Kinder-Schnürstiefel breite moderne Form, Lackkappe, Derbyschnitt 27-28 **7.50** 29-30 **7.75** 31-32 **8.25** 33-35 **8.50**
- Leder per Paar **98**
- Leder mit verschiedenen Einsätzen . . . **1.35**

Grosse Auswahl in Kommunikanten-Stiefeln.

R. Altschüler, Karlsruhe

Kaiserstrasse 161, Ecke Ritterstrasse. Kaiserstrasse 118. Mühlburg: Rheinstrasse 12. 1887

Bekanntmachung.

Ablieferung von Haushaltungs- u. Wirtschaftsgeräten aus Kupfer, Messing, Reinnickel usw.

1. Eine Reihe von Haushaltungen und Betrieben ist mit der Ablieferung ihrer enteigneten Gegenstände immer noch ganz oder zum Teil im Rückstand. Da wir an die den Kommunalverbänden von der Metallmobilisationsstelle für die Ablieferung gestellten äußersten Fristen gebunden sind, müssen wir in den nächsten Tagen mit der zwangsweisen Einziehung beginnen. Vorher fordern wir die mit der Ablieferung rüchständigen Personen hiermit noch einmal eindringlich auf, u n d e r z ü g l i c h ihre enteigneten Gegenstände abzuliefern, soweit nicht ausdrücklich Aufschub bewilligt ist oder über den Antrag auf Aufschub oder Befreiung von der Ablieferung noch nicht entschieden ist. Die Kosten der zwangsweisen Einziehung, die im Verhältnis zum Metallwert ziemlich hoch sein dürften, haben die Ablieferungsplichtigen zu tragen.

2. Aus mündlichen und schriftlichen Anzeigen, die bei uns in größerer Anzahl eingelaufen sind, haben wir erfahren, daß nicht wenige Haushaltungen und Betriebe ihre beschlagnahmten Gegenstände weder gemeldet noch abgeliefert haben. Bisher sind wir gegen solche Personen noch nicht strafend vorgegangen. Wer aber bis einschließl. 29. April seine bisher verheimlichten, beschlagnahmten Gegenstände nicht abgeliefert, wird angezeigt werden. Unterlassung der Anmeldung wird mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft; auch können verheimlichte Vorräte im Urteil für den Staat verfallen erklärt werden.

Zu den verheimlichten Gegenständen gehören auch die beschlagnahmten Geräte, die ihre Besitzer angeblich aus Unkenntnis der Metallart schützt nicht vor Strafe. Die städtische Metallstelle untersucht auf Wunsch die Gegenstände auf ihre Metallart, und zwar unentgeltlich.

3. Endlich machen wir darauf aufmerksam, daß auch jetzt noch bei der Metallstelle Haushaltungsgegenstände, die nicht beschlagnahmt sind, ferner Altmetall usw. zu den bekannten Preisen angenommen werden. Gegenstände, die freiwillig abgeliefert werden sollen, werden auf Wunsch besichtigt - Gegenstände, die man dem Reich geichtweise überlassen will, werden auf Wunsch abgeholt.

Die städtische Metallstelle befindet sich Karlstraße Nr. 30 und ist Werktags von 8 bis 12 und von 2 bis 6 Uhr geöffnet. Karlsruhe, den 17. April 1916.

Das Bürgermeisteramt.

Uhren, Juwelen, Gold- und Silber-Waren.

Empfehle mein bekanntes grosses Lager zu Oster- und Konfirmations-Geschenken Konfirmantenuhren M 4.50, 6, 8, 10, 15 etc. Konfirmantenringe (Gold 833) M 3, 4, 5, 6, 8, 10 etc. Ueber 2000 Ringe in Auswahl. 1004



Colliers, Broschen, Ohringe, Ketten, Kreuze, Arm-bänder, Manschettenknöpfe, Nadeln usw. nach jedem Geschmack zu jedem Preis am Lager. Trauringe Gold 833 M 40.- " " 585 M 20.- Tafelbestecke, 6 Kaffee-löffel in Etui M 3.- Meine Spezial-Anker- und Präzisionsuhren „Danio“ kosten nur M 16.- 18.- 20.- 24.- Unübertroffen konkurrenzlos. Ueber 1000 Uhren am Lager

Bitte meine Ausstellung zu besichtigen. Streng reelle Bedienung. Billige Preise.

Oskar Kirschke, Karlsruhe Kriegstrasse 70 (am alten Bahnhof).

Als Neuerwerbungen empfohlen wir:

Für die Einheit der Partei. Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei. Preis 10 Pfg. (Porto 3 Pfg.).

Sozialdemokratie und nationale Verteidigung. Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei. Preis 40 Pfg. (Porto 5 Pfg.).

Es lebe der Frieden. Von P. H. Scheidemann. Preis 40 Pfg. (Porto 5 Pfg.).

Zur Frage der Frauenerwerbsarbeit während des Krieges und nachher. Von Luise Zieg. Preis 50 Pfg. (Porto 5 Pfg.).

Buchhandlung „Volksfreund“ Ensenstr. 24 — Telephon 128.

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Karlsruhe. Sonntag, 30. April, vormittags 10 Uhr, in der „Gewerkschaftszentrale“

vierteljährliche General-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 1. Quartal. 2. Wahl eines Mitgliedes zur Ortsverwaltung. 3. Beratung der eingelaufenen Anträge. Anträge, welche zur Beratung kommen sollen, müssen bis am Dienstag, den 25. April, eingereicht sein. Nach § 4 Absatz 1 des Ortsstatuts setzt sich die Generalversammlung aus sämtlichen Verbandsfunktionären (Vertrauensleute und Entlasteter) zusammen und sind dieselben verpflichtet, die Generalversammlung zu besuchen. Als Legitimation dient das Mitgliedsbuch in Verbindung mit der Vertrauensmännerkarte. 1391

Die Ortsverwaltung.

Tüchtige Dreher Schloffer Wagner

finden bei hohem Lohn sofort dauernde Stellung bei 1392

Carl Meß, Feuerwehrgeschäft Karlsruhe i. B., Bannwaldballee 44.

Tüchtige Zimmerleute oder Einschaler mit längeren Erfahrungen im Eisenbetonbau sucht sofort Bauunternehmung Paul Schmidt & Sohn Worms a. Rh.

Müllabfuhr. Am Karfreitag und Ostermontag werden Hausmüll und Küchenabfälle nicht abgeholt. In den Straßen, in denen die Abholung an den genannten Tagen stattgefunden hätte, wird sie auf Samstag, den 22. d. M., verschoben. Im übrigen Stadtgebiet erfolgt die Abholung am Dienstag, den 25. d. M., statt am Samstag, den 22. d. M. Karlsruhe, den 18. April 1916. Städtisches Tiefbauamt.

Partei-Literatur empfiehlt Buchhdlg. Volksfreund 24 Luisenstraße 24.

